



Dokumentation

Bundesfachtagung 2015

Das neue deutsche Wir

Lernziel Gleichwertigkeit

Mittwoch, 6. Mai bis Freitag, 8. Mai

Mittwoch, 6. Mai 2015

Sanem Kleff, Leiterin, und Eberhard Seidel, Geschäftsführer der Bundeskoordination, begrüßten rund 250 LehrerInnen und SozialpädagogInnen, KoordinatorInnen, Kooperationspartner sowie Vertreter der Bundeszentrale für politische Bildung zur zeitgleich mit dem 20-jährigen Jubiläum stattfindenden Bundesfachtagung. Bereits im Vorfeld habe das Motto „Das neue Wir in Deutschland – Lernziel Gleichwertigkeit“ zu Debatten geführt, erzählte Sanem Kleff. Dabei wolle sich *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* (SOR-SMC) nicht der Volkstümelei hingeben, sondern schlicht „die Definition dessen, was deutsch ist, nicht immer anderen überlassen“. Tatsächlich seien wir alle das Volk – jenseits von Ab- und Ausgrenzungsphantasien, wie sie sich bei Demonstrationen in Dresden und anderswo präsentierten. Danach fragt auch der Titel der diesjährigen Netzwerkzeitung Q-rage – „Wer ist das Volk“. Der Frage, welche in einer gemeinsamen Republik die gemeinsamen Werte seien, wolle man sich an drei Tagen widmen: Zunächst sollten Ideologien der Ungleichwertigkeit in ihren aktuellen Erscheinungsformen diskutiert, dann daraus folgende pädagogische Herausforderungen erörtert und zum Schluss die besonderen Konsequenzen für das Netzwerk betrachtet werden.

Andreas Zick, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Uni Bielefeld, verband in seinem Vortrag die Frage nach dem „Neuen deutschen Wir“ (so hatte es auch der Rat der Migration zu Jahresbeginn genannt) mit jener, was das Courage-Netzwerk zu seiner Bildung beitragen könne. Statt auf

Gemeinsamkeiten machte er zunächst auf das Ausmaß der Polarisierung in der Gesellschaft aufmerksam. Laut von seinem Institut durchgeführten Umfragen zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ wünsche sich zum Beispiel mehr als jeder dritte eine stärkere Willkommenskultur in Deutschland – die nahezu ebenso viele ablehnten. Auch von der Front der gängigen Abwertungsdimensionen konnte er nichts Beruhigendes vermelden; ergänzend machte er auf einen seit 2011 steigenden Anstieg des Glaubens an so genannte Etabliertenvorrechte aufmerksam; das sind jene, die davon ausgehen, dass, wer schon länger da ist, „in einem Wohnhaus oder in einem Land“, mehr Rechte hat. Ebenso nehme die Haltung zu: „Wir sind keine Rassisten. Wir wollen nur auch mal wieder vorn stehen“. Zusammengehalten würden die verschiedenen Abwertungen (von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit über Sexismus, Homophobie zu Abwertung von Obdachlosen) von der Annahme, dass manche Gruppen mehr und andere weniger wert seien, also von Ideologien der Ungleichwertigkeit.

Da setzt auch die Arbeit von SOR-SMC an. „Räume zu schaffen, in denen diese Dynamik zur Sprache kommen kann“, sei eine „geniale Idee“ gewesen, erklärte Zick. Das „Neue Wir“ könne nur eins sein, das „Demokratie versteht“; Schulen spielten dabei eine zentrale Rolle: „Bildung schützt vor Abwertung. Lange in der Schule bleiben hilft.“ Und: „G8 hilft nicht.“ Einerseits. Andererseits schlage sich Bildung auch nicht immer nieder, beispielsweise nicht bei der Islamfeindlichkeit: Auch unter Studierenden mochten in Umfragen nur zwei (!) von hundert muslimfeindlichen Einstellungen nicht zustimmen, erklärte Zick.

Wichtiger als Empathieförderung und Perspektivübernahme – beide in der Pädagogik bewährt und respektiert – ist für Zick, Schulen zu Orten werden zu lassen, an denen Nonkonformismus möglich ist und gelebt wird: also beispielsweise zu widersprechen, wenn jemand >Asis< sagt, Ambivalenzen auszuhalten und in wichtigen Situationen Nein zu sagen. Eine weitere in Bielefeld (von seinem Kollegen Rainer Dollase) festgestellte Erkenntnis lautet: Wo Schüler das Gefühl haben, der Lehrer beachtet sie, werten sie weniger ab und können Konflikte besser regulieren. Zu guter Letzt hoffte er, dass es in 20 Jahren geglückt sei, „von einer Schule ohne Rassismus mit Courage zu einer Schule der Gleichwertigkeit zu kommen.“

Die **erste Workshop-Phase** konzentrierte sich auf die Frage, wie Ideologien der Ungleichwertigkeit die Gesellschaft in ein „Ihr“ und „Wir“ spalten und welche aktuellen Herausforderungen sich in Handlungsfeldern des Courage-Netzwerks stellen.

Wie groß die Probleme mit, aber auch das Interesse an 2014 erstarkten Bewegungen sind, wurde in **„Rechtspopulismus – AFD, Pro-Bewegung und Pegida“** deutlich. In der Vorstellungsrunde erklärten viele, Jugendliche hätten viele Fragen, die man schwer beantworten könne, weil man die Szene und insbesondere ihre Nähe zu rechtsextremen Gruppen nicht einschätzen könne. Ein Pädagoge berichtete zudem von Eltern, die nicht wollten, dass ihre Schüler mit Flüchtlingen Kontakt bekämen – was zu der Annahme führte, die „Schamgrenze“ für

rechtspopulistische Äußerungen sei massiv gesunken. Sebastian Friedrich, der die Bewegung als Publizist beobachtet, bestätigte das. Die Frage „Wie konnten die so schnell groß werden?“ ließe sich allerdings mit einem Blick auf die Daten von Andreas Zick beantworten: Außer den vielen, die Ausländer, Muslime, Sinti und Roma, Arbeits- und Obdachlose abwerteten, wünsche sich auch jeder dritte mehr Mut zu Nationalgefühl – und mehr als jeder zehnte einen Führer. Das zu kanalisieren sei AfD wie Pegida gelungen; und zwar erstmals, indem auch die Mittelschicht gewonnen wurde. Friedrich riet, das bürgerlich-rechte Spektrum ganzheitlich zu betrachten: die politischen Vorstellungen von Prominenten wie Eva Herman und Thilo Sarrazin oder Medien wie der Junge Freiheit und PI-News würden in der AfD und bei Pegida gebündelt. In der Folge würde für so unterschiedliche Formate wie den „Marsch für das Leben“ über die Demonstrationen gegen den baden-württembergischen Bildungsplan bis zu Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte und Moscheebauten mobilisiert. Während es der AfD als eine „Art Motor“ glücke, viele dieser Strömungen in sich aufzunehmen, so Friedrich, gäbe es zwischen den Pegida-Ablegern viele ideologische Unterschiede; längst nicht alle seien so bürgerlich wie das Dresdner Original.

In dem Workshop **Rechtsextremismus 2015** nahm der Hamburger Journalist Andreas Speit die (zuweilen sehr fließenden) Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in den Blick und sprach von „Entgrenzungstendenzen“. So hätten mehrere führende Mitglieder der AfD der von dem Verleger Dietrich Munier herausgegebenen Zeitschrift „Zuerst“, die es an jedem Bahnhofskiosk gäbe und der dennoch zu Recht Nähe zum rechtsextremen Milieu attestiert würde, Interviews gegeben. Auch Lesertreffen gerieten zu rechtsintellektuellen Szenetreffen mit 400 Leuten; bei der Sonnwendfeier von Munier im Jahr 2012 sei auch der bekennende Holocaust-Leugner Ernst Zündel aufgetaucht, ganz offensichtlich mit Einladung. Dass dies bekannt wurde, sei ein weiterer Beweis dafür, wie wichtig investigative Recherche in dem Bereich ist. Die klassisch rechtsextreme Szene bezeichnete Speit als weit zersplitterter als zu Zeiten der NPD-Dominanz. Beruhigend sei das nicht, ebensowenig wie die Tatsache, dass die AfD „salonfähiger“ sei als rechtsextreme Parteien. Durch Pegida und Afd erlebe man eine „rassistische Befeuerung in der Mitte der Gesellschaft“, die politische Erfolge feiere: so bei der Neubewertung von Ländern, in denen viele Sinti und Roma leben, als sichere Herkunftsstaaten durch den Bundestag 2014. Gewaltbereite fänden zudem zunehmend eine neue Heimat in der „Mischszene zwischen Hooligans und Rockergruppen“, am deutlichsten gesehen beim sogenannten Hogesa-Aufmarsch (Hooligans gegen Salafisten) in Köln 2014.

Unter dem Titel **Salafismus – eine Jugendbewegung mit Zukunft?!** verwies Ahmet Şenyurt darauf, dass die Jugendlichen, die es nach Syrien und in den Irak ziehe, „Kinder dieser Gesellschaft“ seien. Seiner Beobachtung nach handle es sich längst nicht bei allen um desintegrierte Jugendliche. Viele hätten eine bewusste Entscheidung getroffen, erklärte der Kölner Fernsehjournalist, nach dem Motto: „Ich habe Geld, Sicherheit, eine Frau, eine Waffe und ich kämpfe für das Richtige.“ Nicht zu unterschätzen sei auch, dass der selbsternannte Islamische Staat muslimischen

Jugendlichen eine „Karriere im Staat“ ermögliche. Dass deutsche Jugendliche vor Ort auf tausende akademisch gebildete Gleichgesinnte, beispielsweise aus Tunesien, träfen, verschlimmere die Lage. Auf die für Pädagogen nahe liegende Frage „Woran erkenne ich, dass meine Schüler sich radikalisieren?“ erwiderte er: „Wenn Jugendliche anfangen, zu missionieren oder Mädchen unterdrückt werden, muss man eingreifen. Aber nicht, wenn jemand betet oder nicht mehr malt.“ Zudem warnte Şenyurt davor, sich von radikal muslimischen Schülern in theologische Debatten verwickeln zu lassen: „Mein Anknüpfungspunkt ist politischer Extremismus, nicht der Koran. In der politischen Debatte kann ich mich austauschen.“ Die Rolle religiöser Vertreter, beispielsweise von Imamen, sei ohnehin nicht überzubewerten. Hinter dem Verhalten, Schüler auf Religion zu reduzieren, stecke auch ein politisches Konzept: „Viele würden gern glauben: Wenn wir den Islam integriert haben, haben wir auch kein Problem mehr mit den Muslimen.“

Im Workshop „**Geschlechterrollen im Wandel**“ zeigte der Soziologe und Publizist Andreas Kemper aus Münster Netzwerke auf, die das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung in Frage stellen, von Männern dominierte Strukturen stärken und die Emanzipation von Frauen zurückdrängen. Kemper berichtete von seinen Recherchen unter anderem zur „Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum“, die von „klerikal-aristokratischen Kreisen“ getragen sei. Personen wie Beatrix von Storch – 2014 als Kandidatin der AfD ins Europäische Parlament gewählt – machten dort ihren Einfluss geltend, um Zustände „wie im Mittelalter“ zu schaffen. Ob das nicht unbedeutende Randgruppen seien, fragte ein Teilnehmer. Nein, sagte Kemper, sie seien extrem einflussreich, die „Europäischen Konservativen und Reformen“ die drittgrößte Fraktion im Europäischen Parlament. Zum Beispiel habe sie verhindert, dass der sogenannte Estrela-Bericht, in dem es unter anderem um das Recht auf Abtreibung und einen Sexualkunde-Unterricht ohne Tabus und Diskriminierung und ohne dass die Eltern zustimmen müssen, gehe, nicht fortgeschrieben werde. Die Netzwerke hinter dieser Politik würden zwar nur von wenigen Menschen getragen; diese verfügten aber über große Ressourcen und erweckten den Anschein, eine große Bewegung stehe hinter ihnen.

„**Antisemitismus**“ war Thema eines Workshops mit Rosa Fava, Erziehungswissenschaftlerin und Bildungsreferentin aus Berlin. Schon in der Vorstellungsrunde wurde klar, wie viele Perspektiven es auf dieses Thema gibt. Ein Lehrer, der an einer Schule mit 80 Prozent Muslimen unterrichtet, erzählte von einem stark antisemitischen Klima und Verschwörungstheorien, die bis heute rund um die Anschläge vom 11. September kursieren. Andere berichteten von Problemen mit der rechten Szene, die Antisemitismus vor allem in Bezug auf Deutschland propagiert; wieder andere haben „Holocaust Education“ als Schwerpunkt. Und noch ein anderer sagte: „Meine Schüler können sich aktuellen Antisemitismus gar nicht vorstellen. Sie meinen, das sei fern für uns.“ Ein großer Teil des Problems sei, dass sich jedeR sich etwas anders darunter vorstelle, sagte Rosa Fava. Sie hatte eine „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ mitgebracht, um die TeilnehmerInnen ins Gespräch zu bringen. Über Antisemitismus zu reden sei schon Teil der Lösung.

Fava erzählte von ihrer Arbeit in der Gedenkstätte Neuengamme bei Hamburg, in der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus und im Jüdischen Museum in Berlin. Ihr sei wichtig, die eigene Position und den eigenen Hintergrund einzubeziehen. SchülerInnen brächten ihr Wissen mit, sie als Pädagogin aber auch. So reagiere sie heftig, wenn jemand „Du Jude“ sagt – weil sie geprägt sei vom Leben in dem Land, das die Todesfabriken gebaut hat. Und sie skizzierte, wie sich die Situation in Deutschland jüngst zugespitzt hat. Bei Demonstrationen während des Krieges in Gaza Ende 2014 wurden antisemitische Parolen gerufen, die Anschläge von Paris und Kopenhagen prägen das Klima. Vieles sei wieder sagbar geworden. Diejenigen, die mit Gewalt agieren, täten das vor dem Hintergrund einer Mitte, die ihre Positionen mitträgt. Um so wichtiger sei, die Multiplikatoren zu stärken.

Im Workshop **„Wie uns Rassismus heute begegnet“** zeigte die Filmemacherin Mo Asumang Ausschnitte aus ihrem Film „Die Arier“. Darin konfrontiert sie Rassisten mit ganz schlichten Fragen. So möchte sie von einem Mitglied des Ku-Klux-Klan wissen, was er gegen Schwarze habe. Der Film zeigt sie, als Frau mit dunkler Haut, neben dem Mann in seiner Kutte mit Gesichtsmaske; der Zuschauer hört sie mit ruhiger, freundlicher Stimme fragen. Mo Asumang beschrieb ihren Ansatz, aktiv das Gespräch zu suchen, auch mit Rassisten. Die Provokation der Gegenseite funktioniert, sagte sie, das sei ein unglaublich ausgeklügeltes System. Ihr Weg sei, nicht darauf einzusteigen und nicht auf das Gegenüber fixiert zu sein: „Wenn man sich die ganze Zeit auf jemanden konzentriert, den man verändern will, ist man total verloren“. Sie habe stattdessen bei sich angefangen; statt auf Hass mit Hass zu antworten, das Gespräch gesucht. Mo Asumang tourt mit einer Kurzfassung des Films durch die Schulen und ist fasziniert von den Reaktionen. Die erste Frage sei immer, ob sie keine Angst gehabt habe. Ihre Antwort: Sie habe bewusst die Bilder von Rassismus aus dem Kopf geschoben und geschaut, wer ihr da gegenüber stand: „Was sagt der Mensch? Was sehe ich?“ Beim Ku-Klux-Klan sah sie zum Beispiel einen Mann, der sein Gesicht nicht zeigt, der sich versteckt. Aus Angst? Auch an den Schulen sucht sie das Gespräch – und setzt sich auch dort bewusst zu jenen, die sie als Rassisten identifiziert. Die Langfassung des Films ist über die Bundeszentrale für politische Bildung zu beziehen.

Am Abend wurden die Themen der Workshops in einem World Cafe – in sechs Runden, pro Workshop eine Runde – noch einmal aufgegriffen: Dabei erhielten jene, die sich für ein anderes Thema entschieden hatten, Gelegenheit, sich in zwei weiteren Themen fortzubilden und auszutauschen.

Donnerstag, 7. Mai

Der Donnerstag stand unter der Frage, welche Hürden zu überwinden sind, um den gesellschaftlichen Strömungen, die auf ein trennendes „Ihr“ und „Wir“ zielen, das Leitbild des „Neuen deutschen Wir“ entgegenzustellen.

Erster Vortragender war Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). In einer kleinen Rückschau betonte Eberhard Seidel, dass Krüger sein Amt in just jenem Jahr angetreten hat, das auch für SOR-SMC eine Zäsur brachte, nämlich 2000. Nach einem Anschlag auf eine Synagoge in Düsseldorf hatten führende Politiker zum „Aufstand der Anständigen“ aufgerufen. Erstmals nahm der Staat Geld in die Hand, um zivilgesellschaftliche Organisationen in diesem Bereich zu stärken. Seidel dankte der bpb, dass sie SOR-SMC seither die Treue gehalten hat – für eine Behörde sei es gewiss nicht immer einfach, es mit einer Organisation wie SOR-SMC auszuhalten. Wegen ihres Nonkonformismus, aber auch wegen der Tatsache, dass Handlungsfelder wie Islamismus, sexuelle Vielfalt und Rechtsextremismus in der Einwanderergesellschaft bereits zum Thema gemacht wurden, als in der breiten Öffentlichkeit noch kaum jemand darüber reden wollte.

Thomas Krüger gratulierte zum 20jährigen Jubiläum. Es sei wichtig, Jugendliche zu gewinnen, sich klar gegen menschenfeindliche Positionen zu engagieren, unterschiedliche Positionen auszuhalten und in Dialog zu bringen. „Die Zivilgesellschaft wird auf den Pausenhöfen getestet“, sagte Krüger und mahnte, diesen sozialen Raum auch in Zukunft ernst zu nehmen. Manche wollen nicht verstehen, dass sich das Land, in dem sie leben, verändert. Die Welt werde zunehmend widersprüchlich und schwer zu durchschauen. Verdrängen, Wegschauen, Ausschließen sei da der falsche Weg.

Und: Auch bei der bpb habe ein Umdenken eingesetzt. Es sei wichtig, die politische Bildung auch an Orte zu tragen, wo die Bildung nicht vorausgesetzt wird, und sie für jede Zielgruppe neu zu buchstabieren. Papier zu bedrucken gelte als große Stärke der bpb; inzwischen entwickle sie aber zunehmend multimediale Formate. Er nannte die Serie „Zeit für Helden“, die gemeinsam mit dem „politikfreiesten Sender der Republik“, RTL2, entstand. Hier wird die Ausgrenzung zum Thema. Die Quote lag über dem Durchschnitt des Senders. Ein anderes Beispiel sei das Youtube-Projekt „Hey Mr. Nazi“, das innerhalb von gut drei Wochen vier Millionen Abrufe erzielt hat und online eine enorme Resonanz hatte. Krüger wünschte sich, dass der „öffentliche Raum in der politischen Bildung eine neue Rolle bekommt“. In den vergangenen Jahren hätten die Schulen einem Götzen gefrönt, nämlich Pisa, und Sprachen und Mathematik gefördert. Hier sei ein Umdenken dringend nötig. Vielfalt zu verstehen und ihr gerecht zu werden setze Fertigkeiten voraus, die entwickelt und gestärkt werden müssen. Was wir brauchen, um der heterogenen Gesellschaft gerecht zu werden, sei ein multiperspektivischer Ansatz, sagte Krüger.

Dierk Borstel, Professor für Politikwissenschaften an der FH Dortmund, griff den Faden in seinem Vortrag „**Strategien gegen demokratiefeindliche Bewegungen in Ost und West**“ auf. Er hat lange in Vorpommern gearbeitet, ist ehrenamtlicher Vorsitzender des Vereins „Community Coaching“ und Mitglied der Weinheimer Gespräche, wo Konsequenzen aus der Forschung zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit diskutiert werden. Auf der Suche nach Berührungspunkten zwischen den verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft komme der Schule besondere Bedeutung zu, sagte Borstel. „Zu Ihnen kommen ja alle. Es kann gut sein, dass da die Brückenköpfe sind.“ Wichtig sei, immer wieder zu überlegen, wo

die gesellschaftlichen Konfliktlinien verlaufen. Rassismus sei manchmal nur die sichtbare Phase. Der Konflikt beginne früher und oft auch woanders, zum Beispiel bei einem Blumenbeet, das einige mit viel Liebe und Sinn für Ordnung angelegt haben und andere einfach als Trampelpfad nutzen. Wenn man erst interveniert, wenn die Barrieren schon hochgefahren sind, werde es schwierig. Es gelte, solche konkreten Handlungsfelder zu identifizieren und in Handlung zu übersetzen.

In Gesprächen mit Aussteigern hört Borstel immer wieder den Satz: „Die Lehrer waren hoffnungslos mit uns überfordert.“ Salafisten und andere radikalisierte Jugendliche würden von einer Schule an die andere verschoben, ohne dass jemand in den Diskurs mit ihnen einsteige. Reden oder nicht reden sei die Frage, sagte Borstel: „Wenn wir sie für die Demokratie gewinnen wollen, ist das ein langer Prozess.“ Wer das Gespräch suche, werde zudem selbst abgestempelt, nach dem Motto: Der redet ja mit Nazis/Salafisten/... . Borstel betonte, dass es bei den Gesprächen nicht darum gehe, zu überzeugen. De-Radikalisierung beginne in der Kommunikation, die es vermag, einen Funken Zweifel zu säen. Erst dann kämen Szenarios für den Ausstieg ins Spiel. In der Diskussion ging es immer wieder darum, dass auch Schule ein Ort sein kann, der seine demokratischen Potentiale dort einbringt, wo es wehtut – an Standorten, aus denen sich die Öffentlichkeit längst zurückgezogen hat; in ländlichen Gebieten, wo alle Engagierten wegziehen; in die Peripherie, wo das Schild „Schule ohne Rassismus“ übersprüht wird.

In der **zweiten Workshop-Phase** wurden diese Themen vertieft und umgesetzt.

So griff der Workshop **„Wie die gesellschaftliche Mitte ihre Vorrechte verteidigt“** die Diskussion um den Vortrag von Borstel auf. „Reden oder nicht reden“, hieß auch hier wieder die Frage. Dies wurde im Workshop heruntergebrochen auf die konkrete Situation in der Klasse oder Gruppe. Es gab starke Stimmen dafür, zu einzelnen Schülern einen direkten Draht aufzubauen. So bekäme man mit, was diese denken. Natürlich sei oft schwer auszuhalten, was in diesen Köpfen steckt. Aber dies zu kennen sei Voraussetzung, um etwas zu ändern. Aber was tun, wenn ein Schüler im T-Shirt der „Hooligans gegen Salafisten“ im Unterricht erscheint? Ein Workshop-Teilnehmer schlug vor, zu bitten, das T-Shirt auszuziehen oder zumindest die Jacke zuzumachen – „weil da meine persönliche Grenze überschritten ist.“

In einem Rollenspiel wurden die Fallstricke des argumentativen Ansatzes deutlich. Borstel übernahm gekonnt die Rolle des Rassisten, der locker jedes noch so überzeugende Argument umdrehte, entkräftete und den Überzeuger so mächtig unter Druck setzte – mit Sätzen wie „Die zahlen Tausende, um hier in die soziale Hängematte zu kommen.“ Oder „Die sollen nicht sterben, die sollen einfach nur ihr Land in den Griff kriegen.“ Nach dem Ende des Argumentations-Trainings sagte Borstel: „Ein mutiger Versuch. Aber das geht nie gut!“ Der Grund, warum Menschen eine bestimmte Position einnehmen, sei in ihnen selbst begründet. Erst wenn man die Ängste, die sie umtreiben, ernst nähme, könne man zur Person vordringen. Was sind ihre Themen? Statusverlust? Verlust der Etabliertenvorrechte? Borstel plädierte dafür, in solchen Gesprächen entspannt zu bleiben. Wenn der Schüler etwas von dem Gesagten annimmt, ist es gut. Wenn nicht, dann eben nicht. Dann hat man es wenigstens versucht. In seinem Schlusswort sagte Dierk Borstel, dass

es kein Patentrezept für solche Gespräche gebe. JedeR müsse einen individuellen Stil finden. Er selbst habe gute Erfahrungen damit gemacht, mittendrin überraschend die Ebene zu wechseln und zum Beispiel die tollen Turnschuhe zu loben. Manchmal öffne sich dann ein Fenster, und der andere werde als Mensch sichtbar. Manchmal auch nicht. Dann sei der Rassist seine Parolen losgeworden, aber nicht ohne Widerspruch.

Im Workshop **„Ideologien der Ungleichwertigkeit im Netz“** informierte die Journalistin Simone Rafael von der Amadeu-Antonio-Stiftung über Internet-Aktivitäten der rechten Szene. Diese verbreiteten ihre Ideen über viele verschiedene Einfallstore – gegen Kindesmissbrauch, zur Umwelt oder für mehr Tierschutz bis hin zu „Nein-Zum-Heim“-Seiten, die den Protest gegen Flüchtlingsunterkünfte aufgreifen. Verblüffend sei, wie sehr die Ästhetik mancher rechter Gruppen den Auftritten der linksautonomen Szene ähnlich sieht. Autonome Nationalisten übernahmen die Darstellungsformen und wandelten sie um. Parolen wie „Reclaim the Streets“, aber auch Hiphop, der ja unter schwarzen Jugendlichen entstanden sei, würden übernommen, wo es in den Kram passt. Simone Rafael zeigte auch, wie sich mit Hilfe von Analysetools, die sonst im Marketing eingesetzt werden, zeigen lässt, wie Internet-Seiten mit einander verbunden sind. Die gleichen Inhalte tauchen oft in unterschiedlichem Gewand auf – die AfD gibt sich seriös, die NPD bedient die radikalere Klientel. Blogs wie „PI – Politically Incorrect“ oder die Seiten des Kopp-Verlags bieten weitere Bausteine, aus denen sich das rechte Weltbild speist. Wo diese Seiten nicht offen demokratiefeindlich und gewaltbereit sind, sei es schwer, gegen sie vorzugehen, sagte Simone Rafael.

„Der bedrohte Mann – ausgrenzende Genderdebatten“ war ein Workshop überschrieben, der zeigen sollte, wie homophobe und frauenfeindliche Debatten eine Renaissance erfahren. Melike Çinar vom Bundesverband der AWO skizzierte die Grundlagen der Diskriminierung. „Wir alle haben Identitäten, die aus ganz vielen Sektoren bestehen“, sagte sie, „das merken wir immer erst, wenn wir irgendwo nicht dazu gehören.“ Sie bat die TeilnehmerInnen, sich jeweils zu zwei Fragen zu beantworten. Die erste hieß: „Wann hast du gemerkt, dass du heterosexuell bist?“ Kichern. Grübeln. Überraschend offene Worte. Heterosexuelle werden so etwas nie gefragt, sagte Çinar. Sie betonte den ausgrenzenden Charakter dieser Art Sätze. Die Frage, ob es an ihrer Schule mindestens drei geoutete SchülerInnen oder LehrerInnen gebe, wurde nur von einem Teilnehmer bejaht. Homosexualität sei nicht Teil der Repräsentanz an den Schulen, sagte Melike Çinar. Sie empfahl, Kinder, die nicht konform sind, zu stärken. Und es könne einen positiven Effekt haben, wenn Lehrer sich outen.

Detlef Mücke von der AG Schwule Lehrer der GEW Berlin erzählte aus seiner Praxis als offen schwuler Lehrer in Berlin-Neukölln. Offen homosexuell lebende Lehrer könnten Rollenmodelle für SchülerInnen sein, dass es Konflikte und Reibereien gebe, gehöre zur Identitätsbildung dazu, sagte er. Mücke skizzierte die Entwicklung in Deutschland von den Anfängen der Sexualkunde im 19. Jahrhundert bis zur Pluralisierung der Lebensformen in der Gegenwart und dem Widerstand dagegen, der zurzeit gerade in klerikal-konservativen Kreisen wieder lauter wird. In Schule

und Unterricht gelte es noch etliche Hürden zu nehmen. So müsse die gelebte Vielfalt in Lehrplänen wie Schulprogrammen verankert und in Schulbüchern sichtbar werden. In der Aus- und Fortbildung von LehrerInnen müssen diese Themen stärker präsent werden; es brauche mehr Aufklärungsprojekte. Zwischen den einzelnen Bundesländern gebe es in allen diesen Bereichen große Unterschiede. Melike Çinar forderte zudem, „LGBTIQ“ (lesbian, gay, bi, trans, inter, queer) verstärkt als Bürgerrechtsbewegung wahrzunehmen und nicht nur über die gesundheitliche Aufklärung zu transportieren.

Unter dem Titel **Wie die Mehrheit Minderheiten ausgrenzt** berichtete Petra Rosenberg, Sprecherin der Deutschen Sinti und Roma Berlin, Erschütterndes aus dem Schulalltag: Dass Sinti- und Romakinder bloßgestellt oder grundlos auf die „Sonderschule“ überwiesen würden und/oder Schulen sich weigerten, diese Kinder aufzunehmen, sei ein „bundesweites Problem“. Regelmäßig stellten sich weder Lehrer noch Direktoren dem Gespräch mit Eltern oder Großeltern. Auch sie selbst, erzählte Petra Rosenberg, sei so frustriert worden von den Diskriminierungserfahrungen, dass sie die Schule ohne Abschluss verlassen habe und erst als Erwachsene alle Abschlüsse bis zum Abitur nachgemacht habe. Den Lehrern, von denen sie wisse, dass sie „mit vielem allein gelassen werden“, bot sie Unterstützung an. Esther Quicker, Buchautorin und Romanistin, unterfütterte den Bericht mit Zahlen, laut denen Sinti und Roma jene Gruppe in Deutschland sind, denen „am wenigsten Sympathie entgegengebracht wird“. Und über die man bis heute nichts außer Klischees kenne: „Zigeuner“, ein „fahrendes Volk“, bei dem es viel um „Musik“, „Geselligkeit“, „Tanzen“ gehe. Selbst viele aktuelle Bücher anerkannter Experten kämen nicht ohne diese Stereotype aus. Um der auch bei der Diskussion deutlich werdenden Unwissenheit und Unsicherheit etwas entgegenzusetzen, hatte sie eine fünfseitige Literaturliste mitgebracht.

Für viele überraschend wurde es in dem Workshop unter dem Titel **„Religiöse Zugehörigkeit und Ausgrenzung“**. Daniel Alter, Rabbiner und Antisemitismusbeauftragter der Jüdischen Gemeinde Berlin und Ender Çetin, Vorsitzender der Sehlik-Moscheegemeinde Berlin erzählten, wie sie gemeinsam in Berliner Schulen gehen und schon das für einen „Kulturschock“ nicht zuletzt unter muslimischen Schülern Sorge. „Was, ihr redet miteinander?“ heiße es immer wieder. Gemeinsam spreche man mit Schülern darüber, dass Antisemitismus – Daniel Alter spricht lieber von „Judenhass“ – erstens eine gefährliche Ideologie und zweitens nicht muslimisch sei. Daniel Alter machte kein Hehl daraus, dass zwar bundesweit jeder vierte latent und rund fünf Prozent antisemitisch seien, die Werte in der arabisch-muslimischen Community allerdings noch weit höher seien. Dazu trügen türkisch-nationalistische Filme wie „Das Tal der Wölfe“, der sich massiv antisemitischer Bilder bediene, bei, aber auch (teils verbotene und trotzdem empfangbare) Medien von Hisbollah und anderen am Nahostkonflikt Beteiligten. Zu schlechter Letzt gebe es Moscheen, die problematische Inhalte predigen. Mit Jugendlichen zu arbeiten, die dort hingingen, sei, vorsichtig gesagt, „hoch schwierig“. Ender Cetin machte zudem auf eine wachsende Muslimfeindlichkeit aufmerksam und bedauerte, dass einschlägige Straftaten – anders als

antisemitische – nicht gesondert erfasst würden. Viele muslimische Jugendliche seien zudem stärker von „Protestidentität“ als von „Religiösität“ beseelt. Weil sie auch nicht mehr vom Islam verstanden als weite Teile der Bevölkerung („Manchmal brauchen wir ein ABC des Islam“) sei wichtig, dass Moscheevertreter – wie Vertreter anderer Religionen – an die Schulen kämen: „Moscheen können vieles bewirken, was Lehrer und Jugendzentren nicht bewirken können“. Leider wollten, in Berlin noch mehr als anderswo, Schulen mit Religion oft nichts zu tun haben. Die Lehrkräfte wiederum berichteten von großer Unsicherheit, mit welcher Moschee zu arbeiten sei und mit welcher nicht; auch schlechte Erfahrungen wurden gemacht.

Unter dem Titel „**Identitätsangebote im neuen Deutschland**“ entkräftete Klaus Farin, Leiter des Verlags Archiv der Jugendkulturen in Berlin und Autor eines aktuellen Buches über die umstrittene Band Frei.Wild, deren Reputation als rechtsextrem. Zeilen wie „Das ist das Land der Vollidioten. Die denken, Heimatliebe ist Staatsverrat“ seien nur vor dem Hintergrund der Herkunft der Musiker zu verstehen: den Südtirolern sei das Sprechen der deutschen Sprache nun einmal im italienischen Faschismus verboten und anschließend bis in die 70er-Jahre tabuisiert worden. Als Linker könne man mit einer „konservativen Band“ zwar Probleme haben; sie in die rechte Ecke zu stellen, führe allerdings zu einer „self-fulfilling prophecy“: „Wenn man Jugendlichen sagt, die sind rechts, dann sind die auch irgendwann rechts.“ Tatsächlich, so Farin, habe Frei.Wild. – jedenfalls nach eigener Aussage ihm gegenüber – auch schon der Neonazi-Aussteiger-Initiative Exit 50.000 Euro zur Unterstützung angeboten. Die PädagogInnen, von denen viele an ihren Schulen von der ein oder anderen Seite mit der Band konfrontiert werden, waren baff: „Ich bin mit ganz anderen Erwartungen hier reingekommen. Warum zieht die Gegenseite sich so an denen hoch?“ Farin erklärte, wer sich für die Realität interessiere, müsse „die Eindeutigkeit aufgeben“; das gefalle nicht jedem und sei kompliziert: „Auch die Böhsen Onkelz, die seit neun Jahre nicht mehr auftreten, werden ja immer weiter als böse rechte Band dargestellt.“ Ebenso könne man einmal fragen: Warum arbeitet man sich eigentlich lieber am Neonazi ab als an dem ebenso rassistischen Nachbarn?

Am Nachmittag wurden die Workshops wiederholt – und abends mit rund 200 Gästen der 20. Geburtstag von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* festlich begangen.

Freitag, 8. Mai

„**Wer wirkt mit am neuen Deutschland?**“, war die erste Diskussion am Freitag überschrieben. Auf dem Podium saßen Breschkai Ferhat von den Neuen deutschen Medienmachern, Van Bo Le-Mentzel von DeutschPlus und Adriana Lettrari von Dritte Generation Ost. Der Moderator Eberhard Seidel eröffnete mit der Frage: „Was ist für Sie deutsch?“ Breschkai Ferhat, vor 51 Jahren in Berlin geboren, sagte: „Wir sind alle deutsch. Aber wie bekommen wir dieses Gefühl in den politischen Diskurs und in die Köpfe?“ Das gemeinsame Verständnis vom Deutschsein müsse jeden Tag neu erarbeitet werden. Adriana Lettrari brachte die Frage „Wer redet für wen?“

ein: Wer repräsentiert auf Podien und im Fernsehen, wer ist berechtigt zu definieren? „Das neue Deutsche ist die Emanzipation, selber Entscheidungen darüber zu treffen, was deutsch ist.“ Breschkai Ferhat warb für ein „Glossar mit Formulierungshilfen“ der Neuen deutschen Medienmacher. Der Begriff „Fremdenfeindlichkeit“ komme darin zum Beispiel nicht gut weg: Von „Fremden“ zu reden sei anmaßend und die Perspektive des Rassisten. Zwei Buchstaben dagegen waren für den Rest des Tages in aller Munde: „MH“ – kurz für Migrationshintergrund. „Wir haben auch Mut zum Unkorrekten“, ermunterte Eberhard Seidel die Anwesenden. Niemand solle aus Angst, die unpassenden Begriffe zu verwenden, davor zurückschrecken sich zu äußern. Van Bo Le-Mentzel setzte bei den Strukturen der Macht an. Die Art, wie wir regieren und wirtschaften, sei der Nährboden für Rassismus – das permanente Ranking, im Wettbewerb stehen, konkurrieren. Er plädierte für grundlegend andere Formen des Wirtschaftens, zum Beispiel über Crowdfunding. Auch Nachrichten könne man mit Hilfe des Internets verbreiten, ohne große Verlage: „Wir, das Volk, können ein Vorbild sein für die Regierenden.“

Aus dem Publikum kam die Frage nach der Angst vor dem Fremden. „Ich muss das respektieren“, antwortete Breschkai Ferhat, „Aber wer geht mit meinen Ängsten um?“ In der Schlussrunde bat Eberhard Seidel um Vorschläge, wie das neue deutsche Wir an Schulen gestärkt werden kann. Breschkai Ferhat plädierte dafür, die Schulformen mehr zu mischen und in die Stadtteile zu öffnen. Adriana Lettrari erzählte von gelungener Kommunikation über die Familiengeschichten an Schulen, angestoßen durch Familienbilder. Und Van Bo Le-Mentzel machte Mut zur Offenheit: „Wenn jemand einen Gedanken äußert, der überhaupt nicht mit deinem Denken übereinstimmt – gib ihm eine Chance und schau, was passiert.“

Die Diskussionen in den **abschließenden Workshops** am Freitag kreisten um die Frage, wie sich das „neue deutsche Wir“ im Courage-Netzwerk verankern lässt.

Unter dem Titel **„Wie lassen sich alte und neue Medien für die Antidiskriminierungsarbeit im Courage-Netzwerk nutzen?“** stellte Simone Rafael die Arbeit des Netzwerks gegen Nazis vor. „Überzeugte Nazis überzeugt man nicht, indem man bunte Bilder ins Netz stellt“, sagte sie. Wohl aber könne man das Netz nutzen, um zu diskutieren und eine aktive Community mit Informationen zu versorgen. Allerdings müssten die Angebote gepflegt und regelmäßig aktualisiert werden, um Erfolg zu haben. TeilnehmerInnen berichteten, Cybermobbing sei an Schulen ein wichtiges Thema. Eine erzählte, dass bei ihnen SchülerInnen zu Medienscouts ausgebildet werden – die dann im Sinne der Peer Education Konflikte entschärfen könnten. Eine andere Teilnehmerin stellte dar, wie sie mit ihrer Klasse eine Woche Handyfasten betrieb – und selber feststellen musste, dass sie nicht durchhalten konnte. Es sei aber gelungen, feste Regeln für den Umgang mit dem Handy an der Schule zu etablieren. Deutlich wurde: In Bezug auf Social Media fühlen sich viele LehrerInnen überfordert. Die Jugendlichen haben sie da längst überholt; was sie wissen müssen, bringen sie sich selbst bei. „Da kippen die üblichen Hierarchien“, sagte Stefan Lutz-Simon von der Landeskoordination Bayern. Deshalb sei wichtig, medienpädagogische Impulse zu nutzen.

„**Lernziel Gleichwertigkeit**“ heißt das neue Handbuch von SOR-SMC für die Sekundarstufe. Sanem Kleff stellte es vor. Äußerlich präsentiert es sich als Ordner mit 220 Seiten – und Platz, ihn in der praktischen Arbeit weiter zu füllen. Enthalten ist die Erläuterung der Arbeitsweise aller Akteure im Netzwerk und deren Zusammenspiel – vor allem aber die dahinter stehende Philosophie. Sanem Kleff betonte, dass das Netzwerk ohne starre Vorgaben arbeite, sondern sich an der Lebenswirklichkeit der Beteiligten und am Bedarf orientiere. Freiwilligkeit sei von entscheidender Bedeutung. Die einzelnen Gruppen bestimmen selbst, welches Thema sie zu welchem Zeitpunkt und mit welchen Methoden angehen. Das Handbuch sei ein Mitmachbuch, das die Grundlagen dafür lege.

Die wesentlichen Leitgedanken von Netzwerk wie Handbuch stellte Sanem Kleff noch einmal vor: Alle Ideologien der Ungleichwertigkeit haben die gleiche Binnenstruktur – immer geht es um eine Definition von Wir und Ihr, um Phantasien von Über- und Unterlegenheit. Und immer gebe es exkludierende Mechanismen. So wichtig es sei, die Ideologien der Ungleichwertigkeit gemeinsam in den Blick zu nehmen, sei es aber auch, sie einzeln zu kennen. Deswegen werden einzelne Themenfelder in ihrem Spezifischen angeschaut, insbesondere die historischen Hintergründe und ihre besonderen Eigenarten wie auch Formen der Diskriminierung. Eine Teilnehmerin merkte hier kritisch an, dass im Handbuch von körperlichen Behinderungen die Rede sei und empfahl, künftig besser mit dem Begriff Leib zu arbeiten, der auch von Betroffenengruppen verwandt werde. Kleff betonte, wie wichtig die exemplarische Arbeit an Biografien für eine multidimensionale Prävention sei: „Alles kann nur gelingen, wenn wir von bereits vorhandenen Erfahrungen ausgehen.“

Wie das praktisch umgesetzt werden kann, zeigte Patrick Siegele, Direktor des Anne-Frank-Zentrums in Berlin. Angeregt durch die Zusammenarbeit mit den Niederlanden hat das Zentrum überlegt, wie politische Bildungsarbeit sich in einem Einwanderungsland verändern muss – angefangen davon, dass heute im Eingang des Zentrums der Name auch auf arabisch und hebräisch zu lesen ist. In der dortigen Ausstellung werden Jugendliche eingeladen, darüber nachzudenken, wie, wann und wo sie selbst Diskriminierung erfahren – und diese Erfahrung mit der Biografie von Anne Frank in Bezug zu setzen. Für die dazugehörige Wanderausstellung „Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte“ werden Jugendliche als Guides ausgebildet. Sie führen andere Jugendliche durch die Ausstellung, die auch an Schulen wandert. Anne-Frank-Botschafter werden dabei unterstützt, in ihren Kommunen Projekte umzusetzen. Es gehe darum, Vielfalt anzuerkennen und wertzuschätzen, sagte Siegele und lud dazu ein, diese Angebote zu nutzen.

Im Workshop „**Prävention – Selbstwert stärken und Identität reflektieren**“ stellten Sophia Oppermann von „Gesicht zeigen“ und Samy Charchira vom Landesvorstand des DPWV in NRW ihre Arbeit vor. Gesicht zeigen! ermutigt Menschen, aktiv zu werden gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und rechtsextreme Gewalt; Sophia Oppermann hatte kleine Ausweise mitgebracht, die Jugendliche als Change Agents ausweisen. „Jeder kann etwas ändern. Ich auch“, steht darauf. Mit Passbild, Namen und Unterschrift versehen sind sie eine Art

Selbstverpflichtung, aktiv zu werden. Samy Charchira stellte das Projekt „Ibrahim trifft Abraham“ vor, das bis 2013 in Düsseldorf neue Formate der Bildungsarbeit für Jungen aller Herkünfte umsetzte. Es gebe sehr wenige reine Jungenprojekte, sagte er, obwohl Jungen in besonderem Maße von Konflikten betroffen seien. Ihm sei wichtig, dass sich jeder in seinem Klassenverband nicht als Christ, Jude, Muslim oder sonstwas definiere, sondern es ein Wir gebe. „Zu diesem – erweiterten – Wir gehören auch andere, die nicht meinen Vorstellungen entsprechen“, sagte Samy Charchira. Zum Abschluss lud Sybille Oppermann alle zu einem Spiel ein. Sie verteilte Positionen im Raum und warf den ersten Satz in die Runde: „Die Deutschen trinken alle nur Bier.“ Was ist das? Quatsch? Ein blödes Vorurteil? Oder im Grunde nichts als die Wahrheit? Spickzettel gab es dazu. Das Spiel schärfte die Sinne für Vorurteile, sagte Oppermann. Es ist über Gesicht zeigen! zu bestellen.

Unter dem Titel **Nachhaltigkeit** wurde diskutiert, wie an einer *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*, an der naturgemäß die Schüler, häufig aber auch die engagierten KollegInnen eines Tages weggehen, langfristiges Engagement verankert werden kann. Andrea Rauch, Landeskoordinatorin Brandenburg, hatte eine Reihe Tipps parat: Beispielsweise, jedes Jahr neue Schüler zu gewinnen; in Brandenburg finde jedes Jahr eine gezielte Ansprache der neu an die Schule gekommenen Klassen statt. Gut sei auch, die Unterschriftensammlung regelmäßig zu wiederholen, um das Interesse zu erhalten und das Prinzip der Peer Education zu verankern. Auch Zertifikate für Aktive, ein fester Platz des Leitbildes an der Schule, die Einbeziehung der schulischen Gremien sowie das gezielte Vorstellen des Projekts am Tag der offenen Tür hätten sich bewährt. Samira Mahmud von der Landeskoordination Berlin riet, bei schulischen Aktionen deutlich zu machen, dass diese von einer *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* veranstaltet werden und beispielsweise Transparente aufzuhängen. Auch den KollegInnen in den Schulen empfahl sie die regelmäßige Kommunikation über das Thema. Von den TeilnehmerInnen wurde darauf verwiesen, dass es dringend eines festen zeitlichen Rahmens bedürfe. Einige berichteten, die Aktivengruppe träfe sich „dienstags in der Hofpause“, andere, dass die endlich erkämpfte feste Stunde der Verkürzung auf G8 zum Opfer gefallen sei. Einer sagte, es sei schwer, das Projekt an Schulen „so zu verankern, dass man anständig arbeiten kann“. Als Vorschlag wurde das aus der Begabtenförderung stammende „Drehtürmodell“ vorgestellt, bei dem Jugendliche für bestimmte Interessen den Unterricht verlassen dürfen, beispielsweise auch für die SOR-Aktivengruppe.

In dem Workshop **Qualifizieren** wurde erörtert, wie Akteure sinnvoll fort- und weitergebildet werden können. Michael Schneider-König, von der Regionalkoordination Oberbayern, München, die im dortigen Pädagogischen Institut angesiedelt ist, stellte die Zusatzqualifikation „Schulen der Vielfalt“ des Instituts vor. Alle *Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage* verpflichteten sich mit der Titelannahme, zwei bis vier Lehrer zu entsenden, die dann in Anti-Bias-Training, interkultureller Verständigung und Rassismuskritik fortgebildet werden. Gefragt wurde allerdings, welche Fortbildung denn den Schülern als eigentlichen Akteuren des Netzwerks zuteil würde? Einig war man sich, dass zentral sei, zu einer Kultur der Mehrsprachigkeit zu kommen und immer wieder auch eigene Stereotype zu

hinterfragen: Wo tragen LehrerInnen unabsichtlich zur Verstärkung von Rassismuserfahrung und zu Verletzung bei? Lehrkräfte mit Migrationshintergrund zu „empowern“ wurde als wichtig betrachtet; der Referent machte aber darauf aufmerksam, wie wenige es seien: nämlich bayernweit rund zwei Prozent.

Um die steigende Zahl der Courage-Schulen zu begleiten, ist ein ständiger Ausbau des Netzes der Kooperationspartner sowie der Koordinierungsstellen auf regionaler Ebene notwendig. Unter dem Titel **Ausbau der Netzwerkstrukturen** diskutierten in einem Workshop Vertreter von Landes- und Regionalkoordinationen, Kooperationspartnern sowie PädagogInnen, wie das geschehen könne. Mark Medebach von der Bundeskoordination erläuterte die Struktur sowie die Bedeutung einer bundesweiten Steuerung des Netzwerks, nicht zuletzt auch wegen der Notwendigkeit einer gemeinsamen Corporate Identity. Die Wiedererkennbarkeit sowie gemeinsame Inhalte würden bei steigenden Schulzahlen immer zentraler. Deswegen laufe auch die Anerkennung jeder einzelnen Schule sowie der Kooperationspartner über die Bundeskoordination. „Irgendwie gegen Rassismus reicht uns nicht; auch wollen wir nicht zur Kommerzialisierung politischer Bildung beitragen“, so Medebach. Auf der anderen Seite werde auch eine standortnahe Begleitung in Form der im Aufbau befindlichen Regionaloordinationen immer wichtiger: „Das Netzwerk lebt von persönlichen Kontakten. Wenn Flächenländer wie Baden-Württemberg nur eine Koordinationsstelle haben, ist das schwer.“ Von Seiten der TeilnehmerInnen wurde an der Organisationsstruktur auch Kritik laut: Angesichts der Tatsache, dass sich bei den Zielen alles um Demokratie drehe, sei der Top-Down-Ansatz eine „wenig demokratische Veranstaltung“; nach 20 Jahren und angesichts der erreichten Größe sei ein Abbau „royaler Strukturen“ erforderlich, erklärte einer. „Es gibt zu wenig Mitsprache von unten,“ konstatierte eine andere. Auch der Referent Moritz Kilger von der Landeskoordination Thüringen bezeichnete die Struktur als „hierarchisch“; gab aber zu bedenken: In seinem Bundesland hätte das Argument der „Marke“ des größten Schulnetzwerks zu seiner Verankerung beigetragen; eine starke Marke wiederum ließe sich zwar nicht basisdemokratisch organisieren, aber gemeinsam weiterentwickeln.

Zum **Abschluss** erklärte Eberhard Seidel, die Ergebnisse des Bundesfachtags flössen in vielerlei Hinsicht in die Arbeit der Bundeskoordination ein. Und er lud ein, sich des Handbuchs Sekundarstufe „Lernziel Gleichwertigkeit“ anzunehmen: „Wir werden häufig nach Leitlinien gefragt. Das sind die Leitlinien.“ Sanem Kleff kündigte ein weiteres Handbuch für die Grundstufe an und erklärte, die Bundeskoordination sei noch offen für Hinweise, Anliegen und Inspirationen für dessen Erstellung. Der Bundeszentrale für politische Bildung wurde für finanzielle wie organisatorische Unterstützung gedankt.

Autorinnen: Jeanette Goddar und Cornelia Gerlach